

Saale-Beitung.

Sechshundzwanziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte ober dem Blatt mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet...

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Für Halle vierteljährlich 2 50 M., bei dreimonatlicher Lieferung 2 75 M., durch den Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgebühren werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Herr Jordan in Halle.

(Für Druck-Verordnung mit Berlin, Potsdam, Magdeburg etc.)

Nr. 109.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 5. März

1892.

Sozialdemokratie und Volksschule.

Nachwendig und nützlich im höchsten Grade ist es, sich von Zeit zu Zeit wiederholt klar zu machen, wie die Sozialdemokratie zum Volksschulgesetz steht.

Nach den ausgesprochenen Absichten der Regierung soll diese Gesetz ja eines der moralisch-religiösen Kampfmittel gegen die Unkulturbewegung sein. Die Sozialdemokratie hat nun aber oft genug erklärt, daß sie sich nicht im geringsten von dem Gesetz fürchte. Das konnte wahr sein, das konnte auch eine Fiktion sein. Ebenfalls hat man sich zu fragen, welches denn nun die tatsächlichen Verhältnisse zwischen der Volksschule und den sozialistischen Massen sind, und wie sie geändert werden könnten, wenn das religiöse Geiz durchgegriffen würde. Obwohl wir es im allgemeinen nicht für bedauerlich halten, daß kein Sozialdemokrat im preussischen Abgeordnetenhaus sitzt, so möchten wir doch sehr wünschen, daß die Partei um dieses Schulgesetzes willen auch im preussischen Landtage vertreten sei. Ebenfalls bedeutet es eine Niederlage in den politischen Kämpfen um die Schulvorlage, daß eine so starke Partei fortwährend darauf angewiesen ist, sich nur durch die Presse und allenfalls in Versammlungen über das Gesetz vernemen zu lassen.

Man mag nicht, daß das genügt, um die Meinung der Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. Naturgemäß bleibt das politische Urteil einer Partei in dem Grade an der Oberfläche haften, in welchem es verfaßt wird, sich in der Einzel-Diskussion zu betheiligen oder zu verweigern. Wäre ein Sozialdemokrat in der Schulkommission, so bekäme man zu hören nicht bloß, was dieser Mann so ungefähr über das Verhältnis von Kirche und Schule denkt, sondern er müßte auch in allen Einzelfragen für sich und für die Partei Stellung nehmen, und es ist ihm und der Partei ein Wunsch, daß wir auf diese sorgfältigere Vertiefung der Sozialdemokratie in die Schulvorlage verzichten müssen. Zur Aufklärung der Befürchtungen des Reichstages und des Landesparlamentes, daß das Gesetz zur besseren Sicherung der sittlichen Volkserziehung einen Damm gegen die Sozialdemokratie aufwerfen könnte, zur Zurückweisung dieser Ansicht reicht es nicht aus, daß das Volk es nur mit dem Gefühl erfaßt, wie haltlos solche Hoffnungen sind. Die Daltungslösung müßte auch dem begrenzten Verstande nahe gebracht werden, wozu wieder niemand befähigter wäre als die Sozialdemokratie selbst. Wir brauchen die Bundesgenossenschaft dieser Partei wahrhaftig nicht, um den Kampf gegen das Volksschulgesetz durchzuführen, und noch weniger wünschen wir sie. Nicht weil uns in der Bekämpfung der Vorlage nicht Waffeln genug zu Gebote stehen, möchten wir, daß die Sozialdemokraten sich etwas näher über die Sache äußerten, sondern darum, möchten wir es, weil wir zu unserem eigenen Nutzen diesen Gegner auch in der Schulvorlage etwas besser kennen lernen möchten. Die oberflächlichen Redensarten von allgemeiner „Bürsichtigkeit“ gegenüber der Religiösen Vorlage füllen die Lücke in der öffentlichen Erörterung nur sehr mangelhaft aus.

Es erhebt uns deshalb von Verth, daß die sozialdemokratische Parteileitung, nicht offiziell, aber offiziell, jedoch ihre wahre Meinung über die Vorlage in einer Weise zum Ausdruck bringt, die gegen das bisherige kindliche Gerede in „Vorwärts“ und in verwandten Blättern angenehm abhebt durch den Versuch, sich in die Materie objektiv zu vertiefen. In der letzten, am 5. März ausgegebenen Nummer der „Neuen Zeit“ finden wir einen Artikel ohne Unterschrift, den aber die Redaktion ausdrücklich mit ihrem Namen deckt. Der Artikel 2 wendet sich zunächst gegen den neuerdings eifrigsten Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, Herrn Franz Meyring, der demselben Blatte vor kurzem eine Darstellung des Verhältnisses der Partei zum Schulgesetz gegeben hatte, von der man nichts Treffenderes sagen kann, als daß sie in der Bekämpfung der schon erwähnten vollkommenen „Bürsichtigkeit“ gipfelte. Die Redaktion der „Neuen Zeit“, das will sagen die erklärten Führer der Partei, fassen die Sache denn aber doch geschickter, eindringender, ernster an. Es wird zunächst auseinandergesetzt, daß die Sozialdemokratie weder für die Unterrichtsreform noch für den Unterrichts-zwang kämpfe. Der Artikel kommt also den nationalliberalen und freikonserverativen Bekämpfern der im Schulgesetz angeordneten Freiheit der Errichtung von Privatschulen zuhülfe. Der Schulzwang wird ausdrücklich als Nothwendigkeit bezeichnet. In der Volksschule sei Lehrfreiheit und Lernfreiheit unmöglich. Der Lehrer habe nicht zu lehren, was er für gut halte, sondern was der Schulzwang erheische. Die Sozialdemokratie verlange deshalb, von ihrem besonderen Standpunkte gegenüber der Religion aus, den Ausschluß der Beschäftigung aller religiösen Fragen aus der Volksschule. Sie verlange strengste religiöse Neutralität.

Der Artikel erkennt an, daß die Volksschule ursprünglich durch die Kirche ins Leben gerufen worden sei. Die Kirche sei daher die durch diejenige Organisation gewesen, die die Verbindung zwischen dem Geistesleben und den unteren Volksschichten namentlich auf dem Lande notwendig anstiftet erhalten habe. „Der Priester war der einzige Gelehrte in dem Dorf, der Vermittler zwischen diesem und der Außenwelt. Er vermittelte ihm auch das Schulwissen. Die Klüster waren die ersten Schulmeister.“ So fiel der Kirche von selbst die Oberaufsicht über die Schule zu. Kein Wunder, daß die Religion der Mittelpunkt des Volksschulunterrichts wurde. Der Verfasser lehrt sich weiterhin gegen die Ueberföhrung der Volksschule als Herrschaftsmittels, eine Ueberföhrung, die die notwendige Folge seiner Anschauung sei, als ob die Ideen die tatsächlichen Verhältnisse schaffen, während umgekehrt die Verhältnisse sich zu Ideen sublimieren. Wer die Schule habe, der habe noch lange nicht die Jugend. Vol-

taire war ein Schüler der Jesuiten. Die Schule ist nur ein es der Momente, welche die Jugend beeinflussen, und keineswegs das wichtigste. Unsere Kinder lernen wie wir selbst durch das ganze Leben... Ihre tiefsten Einbrüche stammen von dem, was sie erleben, nicht von dem, was ihnen erzählt wird.“

Um aber das Wichtigste, der Kernpunkt dieser Ausführungen: Der Verfasser des angezogenen Artikels bezeichnet als die einzige wahrhaftige Wirkung des neuen Schulgesetzes auf die Sozialdemokratie die, daß ein religiös-feindliches Moment in ihr zur Geltung kommt. „Die Kinder, die zum Religionsunterricht gezwungen wurden, trotzdem ihre Umgebung eine religiös-loste ist, werden anfast Gleichgültigkeit gegen die ihnen angebotenen Lehren empfinden. Wir wünschen diesen Fall keineswegs. Der athetistische Kanatismus ist uns ebenja unerwünscht wie der kirchliche.“ Unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Propaganda tritt allmählich in der Arbeiterkategorie religiöse Gleichgültigkeit an Stelle jenes intensiven Religionsbundes, der fast jeden Proletarier befeuert, sobald er selbständig zu denken anfängt. Eine Verjährung des kirchlichen Charakters der Volksschule könnte, wenigstens in der jüngeren Generation, dahin führen, daß diese Neutralität der Religion gegenüber wieder einer erbitterten Feindschaft Platz macht.“ Wir empfehlen diese bemerkenswerte Darstellung der einbringenden Beachtung des Reichstages wie der Konferenzen.

Der Artikel führt nun aber weiter aus, daß die Volksschule nicht bloß Herrschaftsmittel ist, sondern die sozialpolitische Aufgabe hat, die Jugend für den Lebenskampf zu härten. Hier sei einer der wenigen Punkte, wo sich die Interessen des Proletariats mit den wohlhabenden Klasseninteressen der „Bourgeoisie“ begegnen. „Wir, Pfaffen, Junker, Bauern vom alten Schlags, nach Kinderarbeit lüthneren Fabrikanten“ seien Gegner eines ansiebigen, rationalen Volksschulunterrichts. Bis vor wenigen Jahrzehnten habe Preußen, Deutschland das beste Schulwesen in Europa gehabt. Nur weil Deutschland nicht nur die Arbeiter, sondern auch die intelligenten Klassen hatte, konnte es in den Wettkampf mit England auf dem Weltmarkte eintreten. Heute hätten Österreich, Frankreich, England unseren Verfall an Volksschulbildung eingeholt, und es sei deshalb nicht bloß für die Arbeiter, sondern überhaupt für die industriellen Klassen geradezu eine Lebensfrage geworden, weiter fortzuführen, da das Gedeihen der Nation in erster Linie von der geistigen und körperlichen Gesundheit ihrer arbeitenden Klassen abhängt, nicht von der Wordruffen, die sie beiße.

Man sieht hiernach, daß auch die Sozialdemokratie das bringende Interesse daran hat, daß die Schulvorlage abgelehnt wird, und die gespaltene Gleichgültigkeit, mit der die Partei dem Liberalismus in diesen schweren Kämpfen in den Rücken fällt, ist weiter nichts als Schwindel.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. März. Der Kaiser unternahm heute eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Die Kaiserin wohnte gelassen abend mit der Erbprinzessin von Meiningen, der Prinzessin Friedrich Leopold und anderen Mitgliedern der königlichen Familie bei der Vorlesung im Opernhaus. Die Kaiserin in Friedrich hatte gestern nachmittag den Fürsten und die Fürstin zu Stolberg-Wernigerode, den archiepiscopatischen Vorkämmerer Malet nebst Gemahlin, den Fürsten Rodolfin, den Staatssekretär Fern. v. Marschall und andere angeordnete Personen zum Mahle geladen. Dem Mahle fehlten sich eine Uebens-Unterhaltung an, zu der u. a. auch Herr von Helldorf, großkammerherrlicher Vorkämmerer, der Erzbischof von Bismarck, Hermann und die Prinzessin Marie zu Stolberg-Wernigerode z. geladen waren.

Berlin, 4. März. Dem „Reichs-Anzeiger“ zufolge hat der Kaiser den Minister des Innern beauftragt, die Schußmannschäfte in Berlin für die folgenden, unrichtigen und energielosen Bestalten bei den in den letzten Tagen des vorigen Monats in Berlin vorgekommenen Straßenunfällen seine Anerkennung auszusprechen.

Berlin, 4. März. Der kaiserlich russische Vorkämmerer Graf Schumaloff wird sich heute abend in Familienangelegenheiten auf kurze Zeit nach Petersburg begeben.

Berlin, 4. März. (Orig.-Ber.) Die Tage der Allgemeinen Reichs-Konferenz sind, eines russischen Nepitils, schenken geäußert zu sein, denn, wie bekannt, wird dieselbe am 1. April zu erscheinen aufbrechen. Der Leiter derselben, der Russe von Wesselsitz, scheint endlich eingesehen, daß er mit seinen Korrespondenzen bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit kein Glück mehr hat. Fast täglich werden unter der Signatur A. R. K. herrenliche Berichte widerbracht. Zum Freitag abend wurde eine Resolution in die Akten gebracht, nach welcher der Kaiser anlässlich der jüngst stattgefundenen Erwählung des Reichspräsidenten Fern. v. Richthofen zu sich beschließen und ihn geragt habe, ob er zur Unterdrückung der Unruhen militärischer Unterstützung bedürfe, und daß der Reichspräsident dem Kaiser von den Umständen an den betreffenden Tagen abgeben habe. Diese Meldung wird von Fern. v. Richthofen persönlich als von Anfang bis zu Ende erfunden bezeichnet. Der Bericht des Fern. v. Wesselsitz, an den Reichspräsidenten heranzukommen, ist gleich von vornherein gelochert, obgleich ihm in der russischen Wochenschrift gelegentlich eines dem Grafen v. Caprivi zu Ehren nach seiner Ernennung zum Reichskanzler veranfaleten Diners Gelegenheit dazu geboten wurde.

Berlin, 4. März. (Orig.-Ber.) Binnlichkeit ist die Höflichkeit der Könige, nicht der Volkstretter. Es hatte schon eine gelagten, der Präsident von Levetzow hatte schon gelüftet, aber im eben Saal war noch niemand heute zu erblicken; nur Graf Caprivi hatte bereits, in militärischer Gewöhrung, am Bundesratsstische Platz genommen und mit einer ironischen Verneigung konnte er dem Disziplinärperriser des Reichs-

tozes zurufen: „Die Vertreter der Regierung sind zur Stelle!“ Allmählich verammelten sich denn auch die Vertreter des Volkes und die Beratung des freimüthig-nationalliberalen Antrages betr. die Ueberweisung des Privat-eigentums zur See in Kriegszeiten konnte beginnen. Es handelt sich hier um den humanen Versuch, aus dem Schrecken eines Krieges zur See wenigstens das schwimmende Privat-eigentum zu retten. Da aber der Reichspräsident erklären mußte, daß die Zeit solchen humanitären Verträgen nicht günstig sei, und da er nachwies, daß es in modernen Seekriegen gerade auf die Besetzung fremder Schiffe und auf die Förderung des feindlichen Handels abgesehen ist, so wurde der Antrag, dessen Gehalte der Mehrzahl naturgemäß sympathisch sein mußte, zurückgezogen und für eine günstigere Zeit aufgeschoben. Die Debatte beschloßigte sich dann mit dem geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes, die von 48,000 bis auf 600,000 M. erhöht worden sind. Dieser Titel steht im engsten Zusammenhang mit dem bisher unentföhrbaren Aufwendungen aus dem Welfenfonds, und nachdem der Reichspräsident erklärt hatte, daß vom 1. April 1892 an das Auswärtige Amt seinen Pfenning mehr aus dem Welfenfonds erhalten und daß schon für die nächste Zeit eine gesetzliche Regelung des Welfenfonds geplant wird, wurde die Erhöhung der geheimen Fonds mit sehr großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und eines Theiles der Freisinnigen unter Richters Führung - angenommen. Abgesehen von für die Mehrheit die Zusage, daß in anderen Großstädten weitaus größere Summen für geheime Fonds bereit gestellt worden sind, und die Genehmigung darüber, daß die ärztliche Welfenfonds-Wirtschaft demnächst ein Ende nehmen soll. Auf die Änderung des Abg. Richter, es möchten gewisse Verwendungen, die noch in der letzten Zeit Stand aufgenommen haben, gerade aus dem geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes bestritten worden sein, wurde vom Regierungssitze aus nicht geantwortet. Die Kolonialfragen werden am Sonnabend zur Beratung kommen.

In der am 3. d. abgehaltenen Vollversammlung des Bundesrats wurden einige, vom Reichstage überreichte Petitionen, ferner folgende neu eingegangene Vorlagen den zukünftigen Ausschüssen überwiesen: eine Vorlage, betreffend ausländische Prüfungszeugnisse von Handfeuerwaffen, die Entscheidung von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter z. in Steinholzbewerben, sowie in Zuderfabriken und Raffinerien, endlich die Allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1888/89. Den Anträgen der Ausschüsse entsprechend werden die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Drahtzerechen und Wasserbetrieb sowie in Glasbläsen, ferner die Aenderungen der Ausbildungsbestimmungen zum Geleh über die Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande, angenommen. Ueber die Antragsanträge, betreffend die schließliche Festsetzung der Gewohnheiten an Aellen und gemeinlichlichen Verbrauchsgütern, sowie über die Erweiterung der Abfertigungsbezugnisse einiger Zoll- und Steuerstellen wurde Beschluß gefaßt. Die Verammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß dem gegenwärtigen deutschen Reichsbahn-Gütertarif ein Spezialtarif für bestimmte Güterarten eingefügt werde, und genehmigte gewisse Aenderungen der Bestimmungen über die Beförderung von Knoden auf den Eisenbahnen. Schließlich wurde den Ueber-einkommen mit den Vereinigten Staaten von America, betz. den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte, die Zustimmung erteilt.

Die freikonserverative „Post“ ist der Ansicht, daß der Artikel „Ein früher Zug“ der „Rölnischen Zeitung“, wegen dessen die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, durch seine Tendenz die Würde der Verleumdung auslöscht. Eine Anklage in diesem Falle würde ein politischer Fehler sein und im Zusammenhang mit den sonstigen Anklagen gleicher Art der Annahme Vorbehalt leisten, als wolle die Regierung überhaupt die ihr unbecommene Kritik, die „Morgzeit“ in der Presse mumboldt machen.

Gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist ein zweites Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Das genannte Blatt stellt darüber das folgende mit:

Seite 4. März früh wurde es erste Morgenblatt Nr. 62 der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. März auf Verfügung des Untersuchungsrichters wegen des darin enthaltenen Leit-artikels mit Beschlag belegt. Es folgte dann und zwar in dem Titel aus der Wiener Korrespondenz eines Londoner Blattes eine Majestätsbeleidigung enthalten sein. Der verantwortliche Redakteur des politischen Bülletes der „Frankfurter Zeitung“ ist bereits heute von dem Untersuchungsrichter vernommen worden.

Das erste Verfahren richtet sich, wie bekannt, gegen ein Feuilleton „Gekürzte Worte“.

Das „Berl. Tagebl.“ überrascht die Welt mit der Sensationsnachricht, der Reichstanzler sei neuerdings in ernsthafte Erregungen über die Einführung des Raunkreuz-Monopols eingetreten. Wir berichten es, aber wir glauben es noch nicht.

Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ vernehmen, bereitet der Kultusminister einen Gesetzentwurf vor, wonach die Gemeinden verpflichtet werden, zur Ausbesserung der Gebäude der Lehrer höherer Schulen wesentlich dieselbe zu leisten, was für Lehrer an Staatsanstalten vorgesehen ist.





